

GASTKOLUMNE

Deutsche sanieren Autobahnen, Italiener bauen die Neat – und die Schweizer?



Benedikt Koch,
Geschäftsführer
Fachverband Infra

Eine deutsche Bauunternehmung saniert die Autobahn A1/A7 östlich von Winterthur. Tatsächlich, den zurzeit grössten Bauauftrag in der Ostschweiz – wir sprechen von 146 Millionen Franken – hat der Kanton Zürich, mit dem Segen des Bundesamtes für Strassen (Astra), ins Ausland vergeben. Sind dies Zustände, an welche sich die Schweizer Strassenbauer zu gewöhnen haben? Es scheint so, denn nicht nur von Norden droht den Schweizer Infrastrukturbauern Ungemach. Es gibt Anzeichen, dass auch das Hauptlos des Ceneri-Basistunnels für mehr als eine Milliarde Franken an einen Römer Baukonzern gehen könnte.

Zu Recht wird die Frage gestellt, was sich unsere grossen öffentlichen Bauherren dabei denken. Wäre es nicht sinnvoller, wenn Bund und Kantone solche Bauaufträge nur an Schweizer Unternehmer vergeben und im Gegenzug auf die Hunderte von Millionen Franken schweren Konjunkturprogramme verzichten würden? Das öffentliche Vergabewesen gleicht, besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, einem der populärsten Probleme der Geometrie: der Quadratur des Kreises.

Zum einen hat der Vater Staat mit unserem, ihm anvertrauten Geld sparsam und umsichtig umzugehen. «Bundesrat und Verwaltung führen den Bundeshaushalt nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Dringlichkeit und der Sparsamkeit. Sie sorgen für einen wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz der Mittel», heisst es dazu im Finanzhaushaltgesetz unter Art. 12 Abs. 4. «Das ist richtig so!», sage ich als Steuerzahler. Und das schreiben sich auch viele, vor allem bürgerliche Politiker auf ihre Fahne.

Zum Anderen stellt sich aber auch die Frage nach der volkswirtschaftlichen Verantwortung des

Staates. Besonders dann, wenn die günstigsten Angebote aus dem Ausland kommen und erst recht in Zeiten der Rezession. Belasten hundert arbeitslose Strassenbauer den Schweizer Staat etwa nicht mehr als ein zwei Prozent teureres Angebot einer inländischen Bauunternehmung? «Vergebt die Aufträge an unsere Unternehmen!», fordere ich angesichts der aktuellen Konjunkturlage. Und das verlangen auch viele, wiederum bürgerliche Politiker.

Quadrat oder Kreis? Steuer- oder Wirtschaftspolitik? Wettbewerb oder Heimatschutz? Solange die Politik derart diffuse Signale an die Bauwirtschaft und die Vergabestellen sendet, gibt es auch keine Klarheit, welche Geometrie das öffentliche Beschaffungswesen haben soll und dereinst haben wird. Für diese Planlosigkeit zu büssen haben leider einmal mehr – die langfristig planenden Unternehmer.